

Das „verzerrte Bild“ vom Raucher als immense Finanzbelastung



Von **Marcel Leubecher**
Politikredakteur

Veröffentlicht am 05.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



Quelle: Getty Images/Westend61

Rund 15 Milliarden Euro Tabaksteuer werden im Jahr eingezogen – auch um Krankheitskosten auszugleichen. Nun peilt die EU-Kommission Zigarettenpreise von mehr als zwölf Euro pro Schachtel an. Ist das sinnvoll? Ein Berater des Finanzministeriums kommt zu einem überraschenden Schluss.

Für Helmut Körschgen ist die Sache klar: „Solange man lebt, soll man rauchen.“ Diesen Satz sagt er in der skurrilen Kriminal-Komödie „Jagd auf Nihil Baxter“ von Helge Schneider. Körschgen war eigentlich Parkplatzwächter von Beruf, wurde aber von Schneider am Rande von Dreharbeiten bei den Karl-May-Festspielen in Elspe als Filmtalent „entdeckt“. Der Leitsatz der Filmfigur widerspricht allem, was Medizin, Wissenschaft und Politik qualmenden Bürgern raten.

Aktuell berät die EU über eine weitere deutliche Steuererhöhung: Vor einigen Tagen besprachen die Finanzminister der EU-Länder den Vorschlag der EU-Kommission zur Aktualisierung der Tabakrichtlinie von 2014; Ende kommenden Jahres soll der EU-Rat die Reform beschließen. Laut Bundesverband der Tabakwirtschaft soll „der Preis für eine Schachtel mit 20 Zigaretten bis 2028 auf etwa 12,50 steigen, falls der Kommissionsvorschlag zur geltenden EU-Richtlinie wird“, wie Geschäftsführer Jan Mücke WELT sagt.

Schon heute nimmt der Staat rund 15 Milliarden Euro jährlich durch die Tabaksteuer ein. Hinzu kommt noch die Mehrwertsteuer von 19 Prozent. „2024 wurden damit Steuereinnahmen von 19,8 Milliarden Euro erzielt“, so Mücke.

Gesundheitspolitiker rechtfertigen die ständig steigenden Preise auch mit den enormen Kosten durch Raucher. Das Deutsche Krebsforschungszentrum geht von mindestens 98 Milliarden Euro pro Jahr aus. „Die jährlichen volkswirtschaftlichen Kosten, die auf das Rauchen zurückgehen, übersteigen die Einnahmen durch die Tabaksteuer (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article68e6a8bdfffiac2c151476cb/koalition-zeigt-sich-offen-fuer-tabak-sondersteuer-geld-soll-an-krankenkassen-gehen.html>) bei Weitem“, urteilen die Forscher in ihrem Tabak-Atlas 2025 (https://www.dkfz.de/fileadmin/user_upload/Aktuelles/Download/Tabakatlas-Deutschland-2025.pdf). Die direkten Kosten des Rauchens machten davon rund 30 Milliarden aus – das sind im Wesentlichen die Krankheitskosten, aber auch Ausgaben für Pflege oder Brandunfälle.

Noch heftiger schlagen dem Forschungszentrum zufolge die indirekten Kosten zu Buche: Auf rund 70 Milliarden Euro summierten sich diese jährlich – und zwar vor allem durch Arbeitslosigkeit oder -unfähigkeit sowie den Arbeitskraftverlust der Unternehmen durch an den Folgen des Rauchens verstorbene Mitarbeiter.

Solche Berechnungen überzeugen Volkswirt Berthold Wigger vom Karlsruher Institut für Technologie nicht. „Diese und andere Studien beziehen nicht den zentralen Faktor mit ein, dass Raucher früher sterben und damit viel weniger Renten- oder Pensionskosten verursachen“, sagt er im Gespräch mit WELT. Der Volkswirt ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Finanzministeriums und erstellte im Jahr 2015 gemeinsam mit seinem Kollegen Florian Steidl eine Studie, deren Befunde „heute ebenso gelten wie damals“.

Die in Deutschland kursierenden Studien lieferten „durch ihre Methode ein verzerrtes Bild“, denn sie konzentrierten sich darauf, welche Kosten in einem Jahr durchs Rauchen ausgelöst werden, so Wigger. „Wir haben im Gegensatz zu diesen Bruttostudien eine Lebenszyklusstudie gemacht. Da wird zum einen die durch früheren Tod nicht anfallende Renten- und Pensionslast einberechnet und zweitens die banale Einsicht, dass auch Nichtraucher sterben.“

Denn die größten Gesundheitskosten fielen im letzten Lebensjahr an. Zugespitzt könne man sagen: „Wer mit 70 an den Rauchfolgen stirbt, stirbt mit 75 nicht mehr an Darmkrebs.“ Eine hohe Aussagekraft erhalte eine Modellrechnung nur, wenn sie auch die Kosten einbeziehe, die entstanden wären, wenn die Person nicht geraucht hätte.

In ihrer Studie lösten Wigger und Steidl das Problem so: Sie verglichen die reale Bevölkerung – die sich aus Rauchern, Ex-Rauchern und Nie-Rauchern zusammensetzt – mit einer fiktiven Gruppe von Nie-Rauchern. Dazu extrapolierten sie Daten von Destatis, Rentenversicherung und Krankheitskostenstatistik auf einen gesellschaftlichen Lebenszyklus von 89 Jahren.

Im Vergleich zur fiktiven Nichtrauchergesellschaft sparte die reale Bevölkerung in diesem Modell 36 Milliarden Euro ein. Vor allem, weil männliche Raucher ungefähr fünfeinhalb Jahre früher als Nichtraucher sterben – und Frauen 4,4 Jahre früher. „Die Nettoersparnisse an Altersrenten und Ruhegehältern belaufen sich auf 158,4 Milliarden Euro beziehungsweise 35,5 Milliarden Euro. Dieser in der englischsprachigen Literatur als ‚death benefit‘ bezeichnete Effekt überkompensiert die Summe aller Kostenkomponenten“, heißt es in der Studie.

VWL-Professor Wigger erläutert, in den üblichen Studien werde meist einberechnet, dass Raucher oft weniger produktiv seien. „Uns geht es aber nur um die gesellschaftlichen, also die externen Kosten. Den Hauptteil der geringeren Produktivität der Raucher, Arbeitslosigkeit oder schlechter bezahlte Jobs, tragen aber die Personen selbst.“ Zweifellos sprächen viele gute Gründe gegen das Rauchen, und gesundheitspolitisch könne es sinnvoll sein, über Steuern das Verhalten der Bürger zu beeinflussen. Rein finanzpolitisch seien Erhöhungen aber nicht zu rechtfertigen, denn „finanziell belasten Raucher die Gesellschaft nicht“.

„Belastung für sämtliche Sozialversicherten“

Auf WELT-Nachfrage an das Deutsche Krebsforschungszentrum, ob seine Rauchkostenangaben von mindestens 98 Milliarden jährlich die kürzeren Altersbezüge einbeziehen, antwortet der dafür zuständige Forscher Tobias Effertz: „Nach meinen Berechnungen stellt das Rauchen eine Belastung für sämtliche deutschen Sozialversicherten dar – obwohl Raucher durchschnittlich früher versterben.“ Auch für die Rentenversicherung seien Nichtraucher wegen ihrer durchschnittlich höheren Beiträge vorteilhaft. „Raucher verbringen heute längere Zeit krank und schmerzvoll in lebensverlängernden Therapien, die auch die Krankenversicherung stark belasten.“

In den vergangenen Jahren seien zahlreiche neue Krebstherapien für Raucherkrankheiten erstattungsfähig geworden. „Stammzellen- oder Antikörpertherapien kosten die Kassen häufig mehr als 100.000 Euro pro Person“, so der Hamburger Volkswirt. Es sei daher „mehr als überfällig“, das Rauchen wirksam einzudämmen, etwa durch höhere Steuern.

Schon heute entfallen etwa 62 Prozent des Preises einer Zigarettenspackung auf Steuern (Tabak- und Mehrwertsteuer). Kostete eine 20er-Packung Zigaretten zur Jahrtausendwende etwa fünf D-Mark, stieg der Preis dann laut Deutschem Zigarettenverband nach Euro-Einführung 2002 auf drei Euro und in regelmäßigen Etappen weiter bis auf aktuell etwa neun Euro für Premiummarken wie Marlboro oder Gauloises. Für die in Norddeutschland beliebte Marke Prince aus Dänemark werden aktuell schon 10,50 Euro für eine 22er-Packung fällig.

Marcel Leubecher (<https://www.welt.de/autor/marcel-leubecher/>) ***ist Redakteur im Ressort Politik Deutschland.***